

# GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

2-17

Merkels Land im europäischen  
Superwahljahr 2017

Ein Sieg des ‚Populismus‘  
im Herzen der Demokratie

Donald Trump und sein Volk –  
zu ihrem Glück vereint

Donald Trump und die Welt

Planungsregeln für erfolgreiches Wirtschaften  
in der kapitalistischen Konkurrenz

Kritik der  
Betriebswirtschaftslehre

100 Jahre Russische Revolution

Rückblick auf einen  
unverzeihlichen Fehler

## **GEGENSTANDPUNKT – Politische Vierteljahresschrift**

erscheint in der

Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft mbH

Kirchenstr. 88, 81675 München

Tel. (089) 272 1604; Fax (089) 272 1605

E-Mail: [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

Internet: [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

Redaktion: Dr. Peter Decker (verantwortlicher Redakteur),

Anschrift der Redaktion und des verantwortlichen Redakteurs: siehe Verlagsanschrift

© 2017 by Gegenstandpunkt Verlag, München. Alle Rechte vorbehalten.

**GEGENSTANDPUNKT** erscheint viermal im Jahr und ist zu beziehen über den Verlag oder über den Buchhandel. Die Zeitschrift erscheint jeweils gegen Ende des Quartals.

Einzelpreis Printausgabe: € 15,-

Einzelpreis Digitalausgabe (pdf, epub und mobi): € 10,-

Einzelpreis Paket Print- & Digitalausgabe: € 18,-

Jahresabonnement Printausgabe: € 60,- (im Inland inklusive Porto und Versand)

Jahresabonnement Digitalausgabe (pdf, epub und mobi): € 40,-

Jahresabonnement Paket Print- & Digitalausgabe: € 72,-

Förderabonnement: 120,- Euro und mehr (Digitalausgabe enthalten)

Bestellungen direkt beim Verlag oder im Buchhandel

Abbestellungen müssen spätestens vier Wochen vor Ende des Jahres erfolgen; das Abonnement verlängert sich automatisch.

Spenden zur Förderung der Verlagsarbeit auf das angegebene Konto mit Angabe des Verwendungszwecks: „Spende“

Konto

IBAN: DE46 7001 0080 0204 0408 04

BIC: PBNK DEFF XXX, Postbank München

ISSN-L 0941-5831

**PDF ISBN 978-3-96221-400-5**

# GEGENSTANDPUNKT 2-17

<b>Merkels Land im europäischen Superwahljahr 2017.</b> . . . . .	5
1. Merkel beantwortet die K-Frage – im Sinne Europas, der Welt und ihrer höchsten Werte. . . . .	5
2. Schulz will Kanzler werden – mit sozialer Gerechtigkeit und ganz viel Siegeswillen . . . . .	7
3. Die Wahl in den Niederlanden: Rutte macht es richtig – im Sinne eines deutschen Europas . . . . .	10
4. Ein Etappensieg im Saarland und ein Achtungserfolg in Washington . . . .	12
5. Ein Referendum in der Türkei und die Sorgen, die dessen Ausgang deutschen Freunden der Demokratie bereitet . . . . .	13
6. Großbritannien reicht die Scheidung ein, Merkel will die europäische Familie zusammenhalten, also erneuern . . . . .	15
7. Die französischen Wähler machen es richtig – im Sinne eines deutschen Europas . . . . .	17
8. Der Kampf um ‚die Mitte‘ von rechts: Der AfD-Parteitag und de Maizières ‚Thesen zur deutschen Leitkultur‘ . . . . .	21
9. Der 1. Mai: Kampftag der Arbeiter-Lobby und der rechten Freunde der nationalen Arbeit . . . . .	25
10. Die französischen Wähler machen es richtig – der Gewählte auch . . . . .	26
11. Eine rechte Terrorzelle in der Bundeswehr, ein kurzer Schreck, eine lange beleidigte Armee und eine Reanimation des ‚Bürgers in Uniform‘ . . . .	30
12. Wahl in NRW & Metamorphose der ÖVP – der demokratische Trend geht zum Führer . . . . .	32

## **Ein Sieg des ‚Populismus‘ im Herzen der Demokratie**

<b>Donald Trump und sein Volk – zu ihrem Glück vereint.</b> . . . . .	37
Ein großartiger Präsident im Dienste eines großartigen Volkes . . . . .	37
Ein Kampf gegen den bestehenden amerikanischen Politikbetrieb . . . . .	38
... für die vernachlässigten hard-working Americans . . . . .	39
... und gegen ihre Feinde im Innern . . . . .	43
Das absolute Recht eines seinem Volk verpflichteten Präsidenten . . . . .	44

## **Donald Trump und die Welt** . . . . .

I. Trumps Anspruch an die kapitalistische Weltwirtschaft: „Jobs for the American People“ . . . . .	48
1. Trump verurteilt die ökonomische Lage der USA als unvereinbar mit dem Status der USA als Supermacht der Weltwirtschaft . . . . .	48
2. Trump kommt angesichts der krisenhaften Resultate des US-Erfolgs auf die Grundlage und das ultimative Mittel aller Weltmarkt Konkurrenz zurück: die überlegene Gewalt der USA . . . . .	52
II. Trumps Absage an die Weltordnung: „I’m going to rip up these bad trade deals and we’re going to make really good ones.“ . . . . .	55

1. Trump verurteilt die Sphäre multinationaler Satzungen, Institutionen und Organisationen als Unrechtsordnung gegen Amerika und setzt seine Politik des <i>good deal</i> dagegen . . . . .	55
2. „America first!“ statt „Leadership“: Trump revidiert die Logik der „Globalisierung“ . . . . .	62
III. Trumps Auftrag an die Super-Gewalt Amerikas: „Wir müssen endlich wieder Kriege gewinnen!“ . . . . .	66
1. Trump geißelt Vernachlässigung und Missbrauch der amerikanischen Gewaltmittel und beginnt die Restauration der US-Kriegsmacht für und durch ihren entschlossenen Einsatz . . . . .	66
2. Trump kündigt die transatlantische Kumpanei und damit die Garantie für den Zustand namens ‚Weltfrieden‘, der Amerikas Bedürfnissen nicht mehr genügt . . . . .	74
PS: Zum widersprüchlichen Zusammenhang von Trumps Populismus und Amerikas neuem Imperialismus . . . . .	77

**Planungsregeln für erfolgreiches Wirtschaften**

**in der kapitalistischen Konkurrenz**

**Kritik der Betriebswirtschaftslehre . . . . . 79**

I. Die Herleitung der betrieblichen Gewinnmaximierung aus einem Naturgesetz des Produzierens und einer menschnatürlichen Motivation . . . . . 81

- 1. Der Kampf gegen die ewige Knappheit. . . . . 81
- 2. Wie der eigensüchtige Wille unter Zuhilfenahme der staatlichen Rechtsordnung in den Zweck der Gewinnmaximierung mündet. . . . . 85
- 3. Die Marktwirtschaft: eine glückliche Kombination aus zwei leicht inkompatiblen fundamentalistischen „Prinzipien“ . . . . . 90

II. Die BWL scheitert an der Erklärung des Gewinns, um dessen Maximierung sich ihre sämtlichen Erkenntnisse drehen . . . . . 93

- Programmatisher Wille zum Dienst am Profit und Rechtfertigungslehre in einem . . . . . 97

**100 Jahre Russische Revolution**

**Rückblick auf einen unverzeihlichen Fehler . . . . . 99**

Das Programm des sozialistischen Antikapitalismus:

Mit Gerechtigkeitsidealen gegen die Klassengesellschaft. . . . . 101

Die politische Ökonomie des realen Sozialismus: Planmäßige Zweckentfremdung von Lohn, Preis und Profit als Alternative zum Kapitalismus . . . 106

Die Staatsräson des realen Sozialismus . . . . . 106

Die politische Kultur des Arbeiter- und Bauernstaats:

Mit aller Gewalt dem Volke dienen . . . . . 109

Der „Staat des ganzen Volkes“ . . . . . 112

Die Partei leitet an . . . . . 116

Das reiche politische Leben . . . . . 118

Die Entwicklung des sozialistischen Menschen . . . . . 120

„Wählen heißt sich bekennen“ . . . . . 123

Schonungslose Kritik . . . . . 124

„Unterdrückung & Stalinismus“ . . . . . 125

### **Der Gegenstandpunkt Verlag hat eine neue Webseite**

Neben der Präsentation und Bestellmöglichkeit unserer Politischen Vierteljahrszeitschrift und unserem Buchprogramm steht ein neu aufgebautes Archiv sämtlicher seit 1992 in unserer Zeitschrift erschienenen Artikel bis einschließlich 2015 zur Verfügung. Auf die Artikel kann über eine Volltextsuche und über die Recherche in systematischen und geopolitischen Schlagwortkatalogen zugegriffen werden.

**[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)**

# **GEGENSTANDPUNKT 3-17**

**erscheint am  
15. September 2017**

# Merkels Land im europäischen Superwahljahr 2017

Auch demokratisch gereifte Völker können viel falsch machen, wenn man sie machen lässt. Jedenfalls nach Auffassung der deutschen Regierung, und gemessen an den Maßstäben der herrschenden deutschen Staatsräson. Die Briten machen europapolitisch einen unverzeihlichen Fehler und erteilen der EU, kaum bittet man sie um ein verbindliches Votum, eine Absage. Die US-Amerikaner benehmen sich weltpolitisch daneben und wählen einen Mann zum Präsidenten, der die EU schlecht findet, Deutschlands Überschuss im Amerika-Handel reduzieren will, von Weltoffenheit und abweichenden Meinungen nichts hält und einen schlechten Charakter hat. Die Deutschen machen seit dem verlorenen Krieg zwar absolut mehrheitlich alles richtig und folgen, wenn man sie zur freien Wahl bittet, dem Wahlspruch ‚Keine Experimente!‘ oder ‚wagen‘ äußerstenfalls ein bisschen ‚mehr Demokratie‘; aber alle paar Jahre folgt dann doch eine ganze Menge von ihnen rechtsradikalen ‚Rattenfängern‘; im Osten des wiedervereinigten Vaterlands, und nicht einmal nur dort, macht eine Minderheit ausländerfeindlicher ‚Wutbürger‘ mit einem Wahlvotum für eine europafeindliche ‚Alternative für Deutschland‘ den C-Parteien den Monopolanspruch auf rechtsnationale Gesinnung streitig. Und das alles zu Beginn eines Jahres, in dem das Volk in etlichen Ländern schon wieder Entscheidungen zu treffen hat, für die es nach den Regeln der einzig wahren repräsentativen Demokratie eigentlich gar nicht kompetent ist, weil sie mehr betreffen könnten als die Frage, wer die Welt und die in ihr nun einmal herrschenden, für Deutschland so ertragreichen Verhältnisse im Sinne eines ‚Weiter so!‘ regieren soll. Da droht bei Wahlen in den Niederlanden ein Triumph des antieuropäischen Patriotismus. Bei Präsidentenwahlen in Frankreich steht die Zukunft des gesamteuropäischen Großmacht-Nationalismus überhaupt auf dem Spiel. Und wenn alles schiefgeht, ist noch nicht einmal sicher, ob und wie die als Höhepunkt des demokratischen Geschehens fällige Bundestagswahl in Deutschland die Welt wieder in Ordnung bringen kann. Für die Regierenden in Berlin gibt es jedenfalls ziemlich viel prekäre Weltlage in deutschem Interesse zu verarbeiten und dem Wahlvolk in deutschem Sinn zu erklären.

## **1. Merkel beantwortet die K-Frage – im Sinne Europas, der Welt und ihrer höchsten Werte**

Als Erste – das fällt noch ins vorige Jahr und findet hauptsächlich auf dem eigens dafür einberufenen CDU-Parteitag statt – erklärt die Kanzlerin, warum Deutschland in ihren Händen ganz großartig aufgehoben ist und weiterhin von ihr regiert werden soll. In der Hauptsache argumentiert sie mit dem demokratischen Standardargument einer amtierenden Regierung, nämlich der Alternativlosigkeit ihrer Politik, die im Wesentlichen schon dadurch bewiesen ist, dass die Regierung die politischen Fakten setzt, Alternativen *nicht real werden lässt*, diese also nach Lage der Dinge, gemäß der ‚normativen Kraft des Faktischen‘, *nicht realistisch sind*.

Zu allem Überfluss regiert Merkel schon ziemlich lange, was umgekehrt bedeutet, dass das Volk sich von ihr ganz willig hat regieren lassen, womit es – jeder Zweifel daran wäre geradezu ehrenrührig! – nicht falsch gelegen haben kann. So wird aus der schieren Tatsache gelungener Unterordnung auf der einen, unbestrittener Herrschaft auf der anderen Seite der über jedes ‚Warum‘ und ‚Inwiefern‘, über jede sachliche Begründung und damit auch über jeden Einwand erhabene Beweis, dass das auch in Ordnung geht und nicht geändert werden sollte. Beglaubigt wird dieser Qualitätsnachweis durch die auf dem Parteitag offenkundige Tatsache, dass ihre eigene Partei keine Alternative zu Merkel zu bieten hat. Freilich versteht sich damit nicht mehr ganz von selbst, dass auch ihre Politik das bislang immer ins Feld geführte Gütesiegel ‚alternativlos‘ verdient; dazu hat sie mit ihrem penetranten Moralismus der Weltoffenheit und Humanität in der Flüchtlingsfrage, der ideellen Überhöhung des deutschen Auftritts als ordnende Macht in heiklen Globalisierungs- und Bürgerkriegsangelegenheiten, die ausgerechnet im Milieu der CDU-CSU-fernen, von rechts geschmähten ‚Gutmenschen‘ gut angekommen ist, insgesamt und nicht zuletzt gerade in den eigenen Reihen zu viel Ausländerfeindschaft mobilisiert; und außerdem hat sie den schweren politischen Fehler gemacht, beim Wegdrücken der Opposition von rechts außen nicht wirklich erfolgreich zu sein. Da trifft es sich gut, dass seit der Trump-Wahl in Amerika ein ganz neues Licht auf sie und ihre Politik fällt. Ohne dass sich in der Sache etwas geändert hätte – die ‚globalisierte‘ Welt mit ihren Opfern, die Kriege und Bürgerkriege unter westlicher Zuständigkeit, die Verelendung in weiten Teilen Europas sind ebenso dieselben geblieben wie die gar nicht erfolglosen Bemühungen der deutschen Regierung, eben daraus für das nationale Wirtschaftswachstum und für die eigene politische Erpressungsmacht Profit zu schlagen –, blickt die Welt, aus deutscher Perspektive jedenfalls, voll verzweifelter Hoffnung nach Berlin und auf die Kanzlerin als die letzte, standhafte Säule der etablierten Verhältnisse, an denen auf einmal nichts anderes zählt als ihre Idealisierung zu einem großen Reich der Liberalität, des Wohlstands, der volksfreundlichen Freizügigkeit für Gelehrte, Freihändler und Kapital etc. Mit ihrem Standpunkt, dass sich in den Berliner Machtverhältnissen nichts ändern sollte, steht Merkel da als die perfekt gelungene Synthese von Nüchternheit und freiheitlicher Prinzipientreue, Realismus und abendländischen Werten – und vor allem als Verkörperung der hohen weltpolitischen Bedeutung der deutschen Nation.

Einiges bleibt ihr dennoch zu tun. Zum einen im Hinblick auf den aufgeregten Nationalismus im eigenen Land, den als ‚Flüchtlingskrise‘ offiziell anerkannten Ausländerhass, den die AfD gegen die Christenherrschaft in Berlin wendet und die bayrische Schwesterpartei als betreuungswürdige Spielart einer Heimatliebe, die eigentlich gar nicht beißen will, adoptiert. Hier wendet Merkel die Kunst des doppelten Zynismus an: Sie praktiziert und demonstriert Härte gegen Zuflucht-suchende und Migranten, die nicht in die immer restriktiver definierte und gehandhabte Kategorie der ‚wirklich bedrohten‘ Flüchtlinge ohne ‚heimische Fluchtalternative‘ fallen, speziell mit der Abschiebung als gut integriert geltender Menschen nach Afghanistan; und sie dementiert, auch das ganz praktisch durch nett arrangierte Treffen mit freiwilligen Flüchtlingsbetreuern, dass sie damit von ihrer so heftig angefeindeten Linie in der Flüchtlingsfrage abrücken

würde. So wäre ihre ‚Willkommenskultur‘ schon immer gemeint gewesen: ein Gesamtkunstwerk aus Vernunft, inklusive der leider gebotenen Strenge, im Umgang mit den bedauerlichen Kollateralschäden der für Deutschland unverzichtbaren Globalisierung und jener weltoffenen Großherzigkeit, für die Ex-Präsident Obama, und der christlichen Fürsorglichkeit, für die Papst Franziskus sie lobt. Die Herzen ihrer xenophoben Parteirechten und der bayrischen Leitkulturexperten gewinnt sie damit zwar nicht. Aber deren Machtwille ist allemal so groß wie der der Chefin und deswegen groß genug, dass sie ihren gar nicht befriedigten ausländerfeindlichen Säuberungsstandpunkt für hinreichend bedient erklären und sich hinter ihre nunmehr anerkanntermaßen alternativlose Kandidatin stellen.

Problematischer ist die Widerspenstigkeit der EU-Kollegen, nicht nur, aber vor allem im östlichen Zuerwerbsgebiet der Union, gegen die Politik der europaweiten Migrantenzuteilung, die Brüssel, erkennbar auf Antrag und im Auftrag Berlins, betreibt. Da triumphiert nicht nur gesinnungsmäßig auf ziemlich breiter Front die mit Hassgefühlen aufgeladene Moral des ‚Ausländer raus‘-Patriotismus über das heuchlerische und erst recht über jedes ehrlich gemeinte Ethos der Humanität und Barmherzigkeit. Im Zustrom abgehängter Teile der Weltbevölkerung in das große imperialistische Zentrum Europa haben die mit Deutschlands Führerschaft im Club unzufriedenen regierenden oder oppositionell mitregierenden politischen Häuptlinge der lieben Nachbarländer die Gelegenheit entdeckt, gegen die Berliner Richtlinien für Europas Umgang mit der Globalisierung und ihren Folgen wirksam Widerstand zu leisten und so ein bisschen Aufstand gegen ihre von Deutschland dominierte Union zu proben. Um eine Antwort ist die Merkel-Regierung aber auch hier nicht verlegen. Sie reagiert nicht als angegriffene Partei, sondern als über den Streitparteien stehende Instanz: Sie erkennt in aller Form ‚die Migrationskrise‘ als *Problem* für die Mitglieder der EU an, äußert viel Verständnis, sogar für nationale Be- und Empfindlichkeiten anderswo, weist jeden Willen zur Bevormundung, geschweige denn Erpressung ihrer Partner weit von sich – die Erinnerung an das deutsche Geld, das gewisse Nachbarn für ihren Haushalt brauchen, bleibt der freien Öffentlichkeit überlassen –; damit definiert sie den Umgang mit der Fluchtbewegung, der durch Wegschauen nicht beizukommen sei, als *europäisches*, nur in gemeinsamer Anstrengung aller EU-Länder zu lösendes Problem, empfiehlt sich *dafür* als unverzichtbarer, weil reicher und mächtiger Helfer und erwirtschaftet sich darüber Anerkennung als Weltflüchtlingsmacht mit europäischer Richtlinienkompetenz. Diese Rolle des tonangebenden EU-Mitglieds, an dessen ebenso humanitären wie politisch grundvernünftigen Entscheidungen kein Flüchtling, aber auch kein Partnerstaat vorbeikommt, weder die Herkunfts- noch die Transit- oder Zielländer des reisefähigen globalen Elends, die gefällt dann auch wieder den imperialistisch aufgeklärten Nationalisten vom rechten Flügel der Merkel-Partei.

## **2. Schulz will Kanzler werden – mit sozialer Gerechtigkeit und ganz viel Siegeswillen**

Während Deutschlands christliche Politiker alles tun, um ihr Alleinvertretungsrecht auf rechte vaterländische Gesinnung von den fundamentaloppositionellen Rechten zurückzuerobern und den Ausländerhass, geistig-moralisch geläutert,

wieder bei sich zu beheimaten, befasst sich der sozialdemokratische Koalitionspartner mit dem sozialen Berufungstitel der rechtsradikalen Ausländerhetze im Land: der vielfältigen Armut, die AfD und Gesinnungsgenossen den ungebeten anwesenden Fremdvölkischen zur Last legen und den Regierenden ankreiden, die aus ihrer Sicht ihr treudeutsches Volk nicht leiden können und lieber Terrorismusanfällige Mohammedaner regieren. Unter dem Titel ‚Zeit für Gerechtigkeit‘ kommt also durchaus offiziell zur Sprache, was Deutschlands fortschrittlicher Kapitalismus mit seinem Welterfolg am eigenen Standort an Verelendung produziert. Und zwar wie: Auf dem Parteitag zur Eröffnung des großen Wahljahrs reanimiert die SPD den Alleinvertretungsanspruch der Sozialdemokratie auf die ‚Sorgen der kleinen Leute‘, wendet ihn offensiv gegen die politische Zweckentfremdung der materiellen Unzufriedenheit im Land durch die Rechten und auch durch die Linkspartei und reklamiert alle ‚sozialen Fragen‘ exklusiv für sich als ihr ureigenes politisches Betätigungsfeld. Damit tritt der neue SPD-Chef und -Kanzlerkandidat an; mit dem Bonus, dass er, anders als seine Partei, die Gründe für Armut und Unzufriedenheit nicht persönlich mit herbeiregiert hat und sich deswegen, nach allen Regeln demokratischer Redlichkeit ganz glaubwürdig, von jeder politischen Miturheberschaft distanzieren kann; ganz persönlich umso glaubwürdiger, als aus ihm, dem einstigen Bürgermeister von Würselen, dem Mann aus einfachsten, ja schwierigen Verhältnissen, der sich aus eigener Kraft nach oben gearbeitet hat, die Stimme des ‚hart arbeitenden‘ Volkes spricht, so wie die SPD-Wahlkampfleitung sie sich wünscht und zurechtstilisiert. Dass er kein ‚Provinzfuzzy‘ geblieben, sondern einen europaweiten Wahlkampf geführt, das Amt des EU-Parlamentspräsidenten errungen und gleichwohl kein ‚abgehobener Brüsseler Bürokrat‘ geworden ist, dass er also mit wohlverdienter Prominenz und zudem nicht aus der Opposition heraus, sondern als Repräsentant der linken Hälfte der großen Regierungskoalition zur Wahl antritt, das bewahrt ihn dabei vor dem Verdacht auf unerlaubte Kritik am System. Ganz in diesem konstruktiven Sinn stilisiert sich der nette Herr Schulz mit ein paar zarten Verbesserungsvorschlägen zur Sozialpolitik zum leibhaftigen Versprechen der Befriedigung jedes nur denkbaren sozialen Korrekturbedarfs und stellt zugleich dem Gemeinwesen mit seinen marktwirtschaftlichen Überlebenskämpfen und sozialpolitischen Gemeinheiten, das er regieren will, in puncto Armut und Armutsbetreuung das denkbar beste Zeugnis aus: Jede Not darf sich angesprochen fühlen; wirklich angesprochen werden ein paar Sonderfälle des sozialdemokratisch inspirierten Hartz-Systems, denen vor allem mit einer Qualifizierungsoffensive für altgediente Arbeitslose beizukommen wäre. Ebenso eindrucksvoll geißelt er, ohne dem ehrbaren Beruf des Kapitalisten zu nahe zu treten, einige Exzesse bei der Bereicherung der Reichen im Land; das regt das empfindliche Gerechtigkeitsgefühl sozialdemokratischer Machart allemal wirksamer auf als die Armut, für die ein ‚so reiches Land wie Deutschland‘, diese wunderbare Heimat des proletarischen Wunschtraums von den ‚sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen‘, sich schämen sollte.

Womit Schulz allerdings den meisten Eindruck macht, zuerst auf seine Partei, die ihm das mit einem 100-%-Votum und einer gewissen Hysterie – „*Martin, ich will eine Regierung von dir!*“ – honoriert, dann aber auch auf die christliche

Konkurrenz, die sich Ähnliches von ihrer Kanzlerin wünscht, und deswegen am Ende auch auf die Meinungsumfragen, in denen das Volk über seinen politischen Willen informiert wird: Womit er überhaupt den entscheidenden guten Eindruck macht, das ist sein frech und offensiv vorgetragener Machtwille – er „*setzt auf Sieg*“, „*will Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden!*“ Und das ist dann doch mal eine Anmerkung wert. Denn das fällt schon auf: Dass eine demokratische Wahl ein Akt der Ermächtigung ist, also die Selbstverpflichtung des Wählers zum Gehorsam gegenüber dem Gewählten, eine freiwillige Unterwerfung unter das damit etablierte Regime, das lassen wahlberechtigte Bürger für sich überhaupt nicht gelten. Fachleute des politischen Gewerbes erklären die Instrumente effektiver Regierungsmacht unter dem Titel *checks and balances* zur wohlthätigen Verhinderung herrscherlicher Willkür und Herrschaft überhaupt für abgeschafft, seit das bürgerliche Gemeinwesen die Legitimation der Macht durch den wohlverstandenen wahren Willen des beherrschten Volkes zu einem ganzen System demokratischer Verfahrensweisen ausgearbeitet hat. Gerade zu Beginn des großen europäischen Wahljahrs gibt die vom türkischen Präsidenten anberaumte Volksabstimmung über eine neue präsidentiale statt parlamentarische Staatsverfassung den Apologeten der hiesigen Demokratie Gelegenheit, am offenbar sehr einfach machbaren Übergang von dem einen zum anderen Herrschaftsverfahren einen enormen Gegensatz zwischen Freiheit und Knechtung zu entdecken. Gleichzeitig ist völlig klar: Für das Regierungsamt, über dessen personelle Besetzung in demokratischen Wahlen entschieden wird – und in anständigen Wahlen *nur* über die –, empfiehlt sich Kandidat resp. Kandidatin durch nichts als den glaubhaften ganz persönlichen Willen, die mit dem Amt verbundene Herrschaftsgewalt tatkräftig zu gebrauchen. Dass selbst die höchste Entourage, um wie viel mehr also das niedere Volk, dem Chef oder der Chefin aufs Wort gehorcht, dass die Figur an der Spitze ihren Willen glatt durchsetzt – ‚durchregiert‘ –, das ist *das* entscheidende Qualitätskriterium für Politiker, die gewählt werden wollen. Die entscheidende Bedingung, an die demokratische Wähler ihre Bereitschaft zu bedingungslosem Gehorsam knüpfen, ist erklärtermaßen die ‚starke Persönlichkeit‘, jemand also, der von der Macht über die Lebensbedingungen der Wahlberechtigten rücksichtslos Gebrauch zu machen versteht und verspricht. Und wenn die Herrscherfigur ganz persönlich mit der Macht ihres Amtes verwachsen ist, dann wird ihr das gemäß der herrschenden Leitkultur als „Charisma“ *lobend* angerechnet. Was in der SPD Begeisterung für einen offen machtgeilen Chef weckt, ist eine Untertanengesinnung, die es fertigbringt, sich zur Herrschaft zu bekennen und sich gleichzeitig übers Beherrscht-Werden zu betrügen. Die ist es auch, die auf Seiten der Merkel-Gefolgschaft den Wunsch wachruft, die Chefin sollte jetzt gefälligst auch mehr Begeisterung zeigen und damit bei ihren Anhängern erzeugen – und wofür? Für die Macht, die sie hat, und dafür, dass sie die hat und deswegen auch unbedingt behalten will. Das verlangt vor allem der Parteienachwuchs, der an ihrer Machtausübung entlang in die Rolle der nationalen Herrschaft ‚hineinwachsen‘, im Klartext: sich in die Führungspositionen der demokratischen Herrschaft hinein und hinauf konkurrieren will!

### 3. Die Wahl in den Niederlanden: Rutte macht es richtig – im Sinne eines deutschen Europas

Die Niederländer sind das erste Volk mit einer richtigen Wahl im europäischen Superwahljahr. Und sie machen es richtig, zur großen Erleichterung Deutschlands und seiner Demokraten. Denn sie erteilen dem Gespenst, das durch Europa geistert, dem antieuropäischen Populismus, hier in Gestalt des Islam-Hassers Wilders, eine Abfuhr, indem sie ihm zwar mehr Parlamentssitze verschaffen als zuvor, aber mit Abstand nicht die meisten.

Die Erleichterung ist so groß wie die Befürchtung, die Niederländer könnten mit einem Mehrheitsvotum für Wilders der EU eine Absage erteilen, so ähnlich wie die Briten, und damit die Zerstörung dieses wunderbaren Friedensbündnisses weiter vorantreiben. Dass das ganz schlimm wäre, steht für die deutschen Interpreten des Weltgeschehens fest, ohne dass sie sich in Argumente dafür und in Gründe dagegen weiter vertiefen müssten. Für das ‚Pro Europa‘ reichen ein paar Phrasen über Europas überraschend lange Friedenszeit, die von keiner Ahnung davon getrübt sind, welches Zeugnis sie damit ihren Nationalstaaten und sich als deren willigen Insassen ausstellen; das ‚Contra‘ wird mit der Ächtung des rechten Hetzers als rechter Hetzer hinreichend erledigt. Immerhin war und ist zwischendurch immer mal wieder von der *nationalen Souveränität* die Rede, auf die viele Niederländer wie so viele andere antieuropäisch gesinnte Patrioten im Reich der EU übertrieben viel Wert legen, obwohl doch längst feststeht, dass mit Souveränität auf Kleinstaat-Niveau in der Welt von heute mit ihren drei bis fünf Großmächten, eine davon eben die EU, überhaupt kein Staat mehr zu machen ist. Und das ist dann doch eine Auskunft über die Sache, die vom deutschen Standpunkt aus so selbstverständlich ist, dass man über sie gar keine Rechenschaft abzulegen braucht und schon gar nicht über die Gründe, aus denen sie so prekär ist. Was immer die Niederländer sich über *ihre* staatliche Souveränität einbilden mögen: Deutschland findet *sich* zu klein; deswegen will und braucht Deutschland um sich herum eine EU mit Oberhoheit über seine formell noch immer souveränen übrigen Mitglieder; deswegen ist für Deutschland das Beharren der kleineren Nachbarn auf ihrer Autonomie ein Ärgernis und eine Gefahr – eben für Deutschlands großes Ziel, sich per EU mit den beiden anderen Giganten der globalen Mächtekonkurrenz messen zu können. Das Problem ist, dass die anderen, die kleineren Partner ein Problem damit haben, und zwar ganz folgerichtig ein umso größeres, je mehr die Union um Deutschland herum zum imperialistischen Subjekt gleichen Ranges wie die USA und die VR China ‚zusammenwächst‘, ihre Selbständigkeit für ein Projekt aufgeben zu sollen, dessen Richtlinien setzendes Subjekt *sie nicht* sind, jedenfalls viel weniger als das Monstrum in der Mitte des „zu seinem Glück vereinten“ Kontinents. Dass dieses Problem mit friedlichen Mitteln, weder denen des Binnenmarkts noch denen eines gemeinsamen Grenzschutzes, nicht aus der Welt zu schaffen ist, liegt am Widerspruch der Konstruktion einer gesamteuropäischen Macht ohne wirkliche förmliche Liquidierung der Souveränität ihrer Mitgliedsstaaten. Aus der interessierten Sicht Deutschlands stellt sich dieser Widerspruch freilich als irrationaler Widerstand unaufgeklärter Nationalisten gegen eine große gemeinsame Zukunft dar. Den hat man im Fall der niederländischen Wahlen bei

Wilders verortet. Und deswegen nimmt man am Wahlergebnis nichts weiter wahr als, hochofren, dass es gegen Wilders ausgefallen ist.

Die entsprechenden Komplimente kriegen die Nachbarn an der Nordsee natürlich nicht im Namen des deutschen Interesses am Fortgang des imperialistischen Großprojekts EU überreicht, sondern für ihre grundvernünftige Widerstandskraft gegen die populistische Verführungskunst der Rechten. Und da ist es ganz interessant, dass und wie man sich in Deutschland diesen hochwillkommenen Akt demokratischer Rason erklärt, nämlich als Effekt opportunistisch berechnender Effekthascherei. Erstens – heißt es – hat der überraschende Wahlsieger Rutte dem EU-feindlichen Nationalpopulisten Wilders schon einen ganzen langen Wahlkampf hindurch seine ausländerfeindlichen ‚Argumente‘ geklaut, hat z.B. alle Fremdvölkischen mit der Alternative ‚Anpassung ohne Wenn und Aber, freiwillige Ausreise oder Rauswurf‘ bekannt gemacht und in allen Auseinandersetzungen mit dem rechten Original den Regierungsbonus ausgespielt, dass er die richtigen, sachgerecht maßvollen Entscheidungen zu treffen hat, während die Opposition von rechts, weil nicht an der Macht, nur Gerede bieten kann. Zweitens hat ihm der türkische Kollege mit seinen auf etliche EU-Länder ausgedehnten Werbefeldzügen für sein Verfassungsreferendum eine Steilvorlage für die Konstruktion eines Feindbildes geliefert, mit dem er sich als heldenhafter Verteidiger der niederländischen Freiheitsliebe in Szene setzen konnte: Auf die Behinderung seiner Kampagne hat Erdoğan, schon fertig stilisiert zum islamistischen Totengräber der türkischen Demokratie, die dem Niederländer bekanntlich seit jeher ein Herzensanliegen ist, mit wüsten Pöbeleien gegen das EU-Mitglied reagiert; da ist Rutte als amtierender Anwalt der erstens nationalen, zweitens demokratischen Ehre der Niederländer zu großer Wahlkampfform aufgelaufen und hat seine Patrioten mit einer Absage an die in Erdoğan personifizierte islamisch-türkisch-autoritäre Versündigung an der abendländischen Demokratie bedient. Drittens schließlich hat ihm der Auftritt einer türkischen Ministerin kurz vor der Wahl die schöne Gelegenheit geboten, den Triumph niederländisch-demokratischer Gesinnungsfestigkeit per Abschiebung einer Symbolfigur über die niederländische Ostgrenze zu inszenieren; das hat ihm nach Auffassung der Fachleute, die aus den analphabetischen Wahlstimmen des Volkes lauter elaborierte politische Urteile herauszulesen verstehen, die letzte Extraportion Zustimmung eingebracht – auf Kosten seines radikal gleichgesinnten, aber nicht regierenden Widersachers. So hat Rutte exemplarisch vorgemacht, was Merkels Anhänger von ihrer Chefin erwarten: den Rechts-extremen ihren Standpunkt weggenommen, die Kritik am Handeln der Regierung praktisch widerlegt, die Ausländer- und Islamfeindschaft dadurch von ihrem oppositionellen Radikalismus gereinigt, also ins Recht gesetzt und damit das Volk betört.

Dass er damit eine weitere Zersetzung der EU einstweilen abgewendet, in der Bildsprache der Experten: das ‚Viertelfinale‘ im europäischen Wahljahr vor dem ‚Halbfinale‘ in Frankreich und dem ‚Finale‘ in Deutschland für die EU gewonnen hat: Das macht aus Ruttés Wahlkampfmanöver die Heldentat, die aus Deutschland uneingeschränktes Lob verdient.